NORDAMERIKA 28.07.2020 | Paul Heideman

Keine Frage der Moral

Es geht nicht um Gesinnung, sondern ums Geschäftsmodell: Um Rassismus zu bekämpfen, muss man die Macht der Konzerne bekämpfen.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Seit Beginn der Aufstände gegen Polizeibrutalität und ethnische Ungerechtigkeiten Ende Mai überschlagen sich die Konzerne, um Stein und Bein zu schwören, dass sie gegen Rassismus seien. Der internationale Wirtschaftsprüfungsriese KPMG veröffentlichte den Blogeintrag eines Seniorpartners, in dem dieser erklärt, warum er Juneteenth feiert, den Gedenktag zur Erinnerung an die Befreiung der Sklaven. Die Firma Gushers, ein Fruchtsnackhersteller im Besitz von General Mills, twitterte: „Gushers wäre nicht Gushers ohne die Schwarze Gemeinschaft und eure Stimmen." Selbst der Business Roundtable wollte nicht außen vor bleiben und erklärte sich „tief besorgt über die rassistische Voreingenommenheit, die nach wie vor ein Übel in unserer Gesellschaft ist".

Sehr zum Bedauern der hinter diesen Aktionen steckenden Marketingberater kaufen immer weniger Menschen den Konzernen diese Aussagen ab. Wenn die Unternehmen Rassismus wirklich ernst nähmen, argumentierte kürzlich ein Autor in der *Washington Post*, würden sie andere Dinge tun: „strategische Maßnahmen ergreifen und mehr schwarze Fachkräfte einstellen", „erheblich mehr Gelder in die Netzwerkgruppen schwarzer Angestellter investieren", und „die Schwarzen um Rückmeldung und Anregungen bitten, wie der Betrieb weniger rassistisch gestaltet werden könnte".

Diese Art von Skepsis ist absolut gerechtfertigt. Wir sollten die Aussagen der Konzerne oder ihre Tweets zu anti-rassistischen Maßnahmen nicht falsch verstehen. Gleichwohl ist das Bemerkenswerteste an der Aussage der Washington Post – die typisch für den Tenor der aus linksliberalen Kreisen kommenden Kritik ist –, dass sie den Anti-Rassismus von Konzernen allein als eine Frage des Willens betrachtet. Konzerne wollen anti-rassistisch sein oder auch nicht; und wenn nicht, ist das das moralische Versagen der Unternehmensführung.

Aber Unternehmen sind von dem Anspruch getrieben, ihre Profite zu maximieren. Es ist dieser Antrieb – nicht das Fehlen anti-rassistischer Überzeugungen –, der letztlich ethnische Hierarchien immer weiter verfestigt (und häufig vertieft). Vom Umweltrassismus bis hin zur „raffgierigen Vereinnahmung" des Wohnungsmarktes ist es der Daseinsgrund der Konzerne an sich, der sie dazu bringt, die Lebensperspektive der Schwarzen in der US-Bevölkerung zu schmälern. Um gegen Rassismus vorzugehen, muss man gegen die Macht der Konzerne vorgehen.

Der Eintritt von Beteiligungsfonds in den Immobilienmarkt ist einer der Gründe, warum die Hauseigentumsrate in den USA noch immer nicht annähernd an die Höchstraten vor der Krise herankommt; und bei der Schwarzen Bevölkerung liegt diese Rate bei unter 45 Prozent.

Die jüngste Vergangenheit einer einzelnen Firma – der Blackstone Group – ist ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik. Blackstone ist eine riesige Investmentgesellschaft, die einige der weltweit größten Kapitalbeteiligungsfonds unter ihrer Kontrolle hat. Gleich nach dem Tod von George Floyd veröffentlichte Blackstone eine Erklärung, in der das Unternehmen seine Sympathie mit der Bewegung für ethnische Gerechtigkeit zum Ausdruck brachte und John Lewis' Worte über den „endlosen Kampf" für Gleichheit zitierte. Die Handlungsweise des Unternehmens im letzten Jahrzehnt erzählt eine ganz andere Geschichte.

In den Jahren vor der Immobilienkrise mit den zahlreichen Zwangsversteigerungen hatten Hypothekengesellschaften vor allem die Bevölkerungsschicht der Schwarzen als Zielgruppe für Subprime-Kredite anvisiert. Als die Immobilienblase platzte, hatte das die größte Zerstörung von Vermögen schwarzer Haushalte in der US-Geschichte zur Folge. Die mit Millionen von leerstehenden Häusern konfrontierte Obama-Regierung wandte sich an amerikanische Konzerne, um eine Lösung zu finden. Im Jahr 2010 legte sie ein Programm auf, das es den Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac erlaubte, die zwangsversteigerten Häuser reihenweise an Investitionsgesellschaften zu verkaufen, die daraus Mietobjekte machten.

Die Kapitalbeteiligungsfonds von Blackstone gehörten zu den großen Nutznießern dieses Programms. Mit Investitionen von über 60 Milliarden US-Dollar in Mietmärkte verwandelte der Konzern Hunderttausende von Einfamilienhäusern in Mieteinheiten. Während Schwarze Familien in Rekordzahlen ihre Häuser verloren, war Blackstone bereit, sich die früheren Eigenheime von Schwarzen Familien, mit denen diese etwas Vermögen aufbauen wollten, unter den Nagel zu

reißen und in eine weitere Quelle passiven Einkommens für ihre Anleger zu konvertieren.

Der Eintritt von Beteiligungsfonds in den Immobilienmarkt ist einer der Gründe, warum die Hauseigentumsrate in den USA noch immer nicht annähernd an die Höchstraten vor der Krise herankommt; und bei der Schwarzen Bevölkerung liegt diese Rate bei unter 45 Prozent.

Weil die Zwangsversteigerungskrise die Schwarzen Wohnviertel unverhältnismäßig härter traf, konzentrieren sich die Häuser, die jetzt von den Kapitalbeteiligungsgesellschaften vermietet werden, in genau diesen Gegenden.

Weil die Zwangsversteigerungskrise die Schwarzen Wohnviertel unverhältnismäßig härter traf, konzentrieren sich die Häuser, die jetzt von den Kapitalbeteiligungsgesellschaften vermietet werden, in genau diesen Gegenden. In einigen Städten (häufig in Städten mit einem hohen Schwarzen Bevölkerungsanteil wie Charlotte oder Atlanta) erreicht der Anteil der Einfamilienhäuser im Besitz von institutionellen Anlegern 10 Prozent des Gesamtbestandes. Aus mehreren Studien ging hervor: Je mehr Immobilien in einem Viertel im Besitz der institutionellen Anleger sind, desto höher ist der Anteil der in diesem Viertel lebenden Schwarzen.

Die neuen Vermieter versprachen, dass es zu ihren Geschäftstätigkeiten gehöre, den Bedürfnissen der Mieter mit größter Effizienz entgegenzukommen. Kaputte Sanitärarmaturen würden endlich repariert und schimmelige Decken ersetzt. Aber all die angepriesenen Hausverwalterkompetenzen des privaten Beteiligungskapitals richteten sich ausschließlich auf ein Ziel: aus den Immobilien so viel Geld herauszupressen wie möglich.

Bei Invitation Homes, der Firma, über die Blackstone seine Immobiliengeschäfte abwickelt, sind die durchschnittlichen Mieterhöhungen pro Jahr doppelt so hoch wie im Rest des Landes. Weil die Beteiligungsmodelle auf Versprechen beruhen, dass die Anleger höhere als die marktüblichen Renditen erhalten, müssen über das Mietgeschäft drastische Gebühren für zu späte Mietzahlungen eingetrieben werden – und die Mieter auch schnell zwangsgeräumt werden, wenn sie Mietrückstände haben. Im Jahr 2015 erhielten in Atlanta ein Drittel der Mieter von Starwood Waypoint Homes (die 2017 mit Invitation Homes fusionierten) Räumungsankündigungen.

Blackstones spezielles Geschäftsmodell wirkt wie ein Turbolader für ethnische Ungleichheit: Als erstes sichert sich das Unternehmen die

zwangsgeräumten Häuser in Schwarzen Wohnvierteln (und treibt dabei die Hauspreise in die Höhe, was es Familien, die sich erstmals ein Haus kaufen wollen, so richtig schwermacht), dann vermietet es die Häuser, fordert immer höhere Mieten (knausert allerdings bei den Reparaturen) und traktiert schließlich die Mieter mit Säumniszuschlägen und Zwangsräumungen, wenn sie die überhöhten Mietpreise nicht mehr zahlen können.

Blackstones Rolle bei der fortgesetzten Verhinderung, dass Schwarze Familien ein Vermögen aufbauen können, ist einzig auf den Grundauftrag des Unternehmens zurückzuführen: eine maximale Rendite für Investitionen zu erzielen.

Blackstone gab sich aber nicht damit zufrieden, auf der wirtschaftlichen Ebene den starken Mann zu spielen. Der Konzern wollte seinen Einfluss auch auf politischer Ebene geltend machen und wandte beträchtliche Mittel dafür auf, sich für politische Maßnahmen starkzumachen, von denen die Schwarze Bevölkerung überproportional hart getroffen wurde.

Beispielsweise gab Blackstone 2018 fast 7 Millionen US-Dollar dafür aus, in Kalifornien einen Gesetzesentwurf zu vereiteln, der es den Städten erlaubt hätte, ihre eigenen Mietpreisgesetze zu machen. In New York gehörte Blackstone im letzten Jahr zu einem Klüngel von Vermietungsunternehmen, die einen erfolglosen letzten Versuch unternahmen, das neue Mietregelungsgesetz zum Schutz der Mieter im Staat New York zu kippen. In beiden Bundesstaaten sind Schwarze mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit Mieter als Weiße.

Aber nichts davon – weder die Ausgaben für politische Zwecke noch das raffgierige Geschäftsmodell – ist entscheidend für die Frage, ob Blackstone eine schlechte Unternehmenskultur hat oder nicht zur „Förderung der Inklusion“ beiträgt, wie das Unternehmen in seiner Erklärung nach dem Mord an Floyd behauptet. Seine Rolle bei der fortgesetzten Verhinderung, dass Schwarze Familien ein Vermögen aufbauen können, ist einzig auf den Grundauftrag des Unternehmens zurückzuführen: eine maximale Rendite für Investitionen zu erzielen.

Aus der Sicht der Investoren leistet Blackstone gute Arbeit. Als das Unternehmen 2017 mit Invitation Homes an die Börse ging, räumte es ab: Der Börsengang brachte 1,5 Milliarden US-Dollar ein. Und zur gleichen Zeit, als das Unternehmen sein „Diverse Leaders Program“ auf den Weg brachte, mit dem es „Talente aus dem breitestmöglichen

Universum anziehen“ wollte, schickte es Leute nach Albany, um gegen Mieterschutzbestimmungen vorzugehen, von denen Schwarze überproportional profitieren würden. Es spricht wenig dafür, dass neue und unterschiedliche Gesichter in der Vorstandsetage Blackstone dazu bringen werden, irgendeine Gelegenheit auszulassen, Profite zu machen.

Wenn Blackstone und alle anderen US-Konzerne aufhören sollen, Strategien zu verfolgen, die die ethnische Ungleichheit verstärken, dann muss man sie zwingen, damit aufzuhören. Mit gutem Zureden und moralischen Appellen wird man ihr Verhalten nicht ändern.

Anders gesagt: Wenn Blackstone und alle anderen US-Konzerne aufhören sollen, Strategien zu verfolgen, die die ethnische Ungleichheit verstärken, dann muss man sie zwingen, damit aufzuhören. Mit gutem Zureden und moralischen Appellen wird man ihr Verhalten nicht ändern. Das bedeutet, dass politische Maßnahmen ergriffen werden müssen, mit denen die Macht des Kapitals eingeschränkt wird und die den Kreislauf durchbrechen, bei dem Unternehmen, die eigentlich gegen die Entmachtung von Schwarzen sind, genau diese Entmachtung wiederherstellen.

Im Fall des Eintritts von Beteiligungskapitalgesellschaften in den Immobilienmarkt wäre es ziemlich einfach gewesen, Maßnahmen einzuführen, die das verhindern. Die Obama-Regierung hatte alle notwendigen Befugnisse, Hypotheken umzuschreiben, um es den Familien zu ermöglichen, ihre Häuser zu behalten. Stattdessen nutzte sie ihr Vorrecht, den Geldfluss für die Gläubiger zu sichern, womit sie den Weg für die Dezimierung des Vermögens schwarzer Haushalte ebnete.

Die Regierung hätte einfach entscheiden können, die zwangsversteigerten Häuser nicht an Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu verkaufen oder den Verkauf zumindest mit Bedingungen zum Mieterschutz zu verknüpfen. Obwohl Obama in seinem Wahlkampf von 2012 mit Begeisterung gegen Beteiligungskapital wetterte (was zu Cory Bookers unvergesslichem Appell führte, „Beteiligungskapital nicht länger schlechtzureden“), rollte seine Regierung für Kapitalbeteiligungsfonds den roten Teppich zu ihrem Eintritt in den Immobilienmarkt aus.

Eine der letzten Maßnahmen der Obama-Regierung war dann auch noch, für Invitation Homes die Absicherung ihrer Mieteinnahmen zu unterstützen. Bei jedem ihrer Schritte gab die Obama-Administration den Interessen des Kapitals den Vorrang – und versetzte damit der ethnischen Gleichstellung einen vernichtenden Schlag.

Der Immobilienmarkt ist

Heute wird genau das Gegenteil gebraucht:

in dieser Hinsicht aber keineswegs einzigartig. Für die gesamte Wirtschaft gilt, dass sich Initiativen zur Reduzierung der ethnischen Ungleichheit gegen die Opposition des Kapitals durchsetzen müssen.

politische Maßnahmen, die die Macht des Kapitals einschränken, um für mehr Gleichheit zu sorgen. Ein Beispiel dafür sind die Maßnahmen für eine Mietenbremse in New York und Kalifornien, gegen die Blackstone kämpfte. Ein weiteres Beispiel wären Einschränkungen bei Zwangsräumungen: dass Vermieter beispielsweise das Bemühen nachweisen müssen, mit den Mietern einen Plan für die überfälligen Mietzahlungen auszuarbeiten – das würde dazu beitragen, den Teufelskreis von Armut und Zwangsräumung aufzubrechen, von dem unverhältnismäßig häufig Schwarze Frauen betroffen sind.

Es wurden auch ehrgeizigere Maßnahmen zum Schutz der Mieter vorgeschlagen, beispielsweise dass die Vermieter Räumungsankündigungen zunächst einer unabhängigen, demokratisch gewählten Prüfungskommission der Gemeinde vorlegen müssen. Etwas bescheidener ist da der Vorschlag, dass Immobilieninvestoren wie Blackstone auferlegt werden könnte, jedes Haus, das sie verkaufen wollen, zunächst den zu der Zeit darin lebenden Mietern anzubieten und damit den Schwarzen Familien, die sie aus dem Häusermarkt gedrängt hatten, einen Weg zurück zu ebnen.

Auf struktureller Ebene lohnt sich der Gedanke, ob Kapitalbeteiligungsgeier wie Blackstone nicht einfach verboten werden sollten. Alle genannten Maßnahmen kommen für Blackstone (und andere Immobilienfirmen) nicht in Frage – und zwar nicht, weil sie nicht über ethnische Ungleichheit nachdenken wollen, sondern weil diese Maßnahmen sie in ihren Möglichkeiten beschneiden würden, Menschen für ihr Profitstreben auszubeuten.

Der Immobilienmarkt ist in dieser Hinsicht aber keineswegs einzigartig. Für die gesamte Wirtschaft gilt, dass sich Initiativen zur Reduzierung der ethnischen Ungleichheit gegen die Opposition des Kapitals durchsetzen müssen. Angesichts der Überrepräsentation von Schwarzen im Niedriglohnbereich sind beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne eine wirksame Waffe, das Lohngefälle zwischen Schwarzen und Weißen etwas auszugleichen. Auch eine gewerkschaftliche Organisierung wäre ein wahrer Segen für ethnische Lohngleichheit.

In einer Gesellschaft mit tiefgehenden ethnischen

Unternehmensgruppen sind vehement gegen beides. Nichtwirtschaftliche Formen ethnischer Ungleichheit, wie Umweltrassismus, stehen vor

Ungleichheiten wie den USA werden die grundsätzlichen Aufgaben des Marktes dafür sorgen, dass sich an der brutalen Diskriminierung in unserer Gesellschaft nur wenig ändert.

denselben Problemen. In Flint beispielsweise, einer Stadt in Michigan, mangelt es an sauberem Trinkwasser, weil den Interessen der Investoren, denen die Stadt Geld schuldet, höhere Priorität eingeräumt wird als den Interessen der eigenen Bevölkerung.

Ohne Eingriffe von außen werden Firmen nicht aufhören, die Arbeitskräfte auszubeuten, die sich am wenigsten dagegen wehren können, die Wohnviertel mit den am meisten gefährdeten Menschen zu plündern und ihre Kosten denjenigen aufzubürden, die sie am wenigsten daran hindern können. In einer Gesellschaft mit tiefgehenden ethnischen Ungleichheiten wie den USA werden die grundsätzlichen Aufgaben des Marktes dafür sorgen, dass sich an der brutalen Diskriminierung in unserer Gesellschaft nur wenig ändert.

Der Weg nach vorne kann deshalb nicht darin bestehen, den Führungskräften von Blackstone oder der Bank of America gehörig ins Gewissen zu reden. Zu welch dünnen Verpflichtungen für soziale Gerechtigkeit diese Konzerne sich dann auch immer genötigt sehen, nichts wird sie je davon abhalten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Profite zu machen. Einzig eine riesige Volksbewegung, die es sich zum Ziel setzt, die Macht der Konzerne einzudämmen, kann Unternehmen dazu bringen, „das Richtige zu tun“.

Kurz vor seiner Ermordung hatte Dr. Martin Luther King Jr. vor streikenden Arbeitern in der Abfallwirtschaft die Frage gestellt: „Was ist Macht? Der Gewerkschaftsführer Walter Reuther sagte einst, dass ‚Macht die Fähigkeit von Gewerkschaften wie der UAW ist, den mächtigsten Konzern der Welt – General Motors – dazu zu bringen, ja zu sagen, wenn er eigentlich nein sagen will‘“. Heute sind viele Konzerne mit Freuden bereit, ja zu Slogans für Black Lives zu sagen. Aber um ihre ethnischen Plünderungen zu stoppen, müssen sie gezwungen werden, mit ihrem erbarmungslosen Profitstreben aufzuhören.

Aus dem Englischen von Ina Görtz

(c) Jacobin



Paul Heideman

Newark

Paul Heideman hat einen Ph.D. der Rutgers University Newark in Amerikanistik. Sein Forschungsschwerpunkt ist afro-amerikanische Geschichte.

-